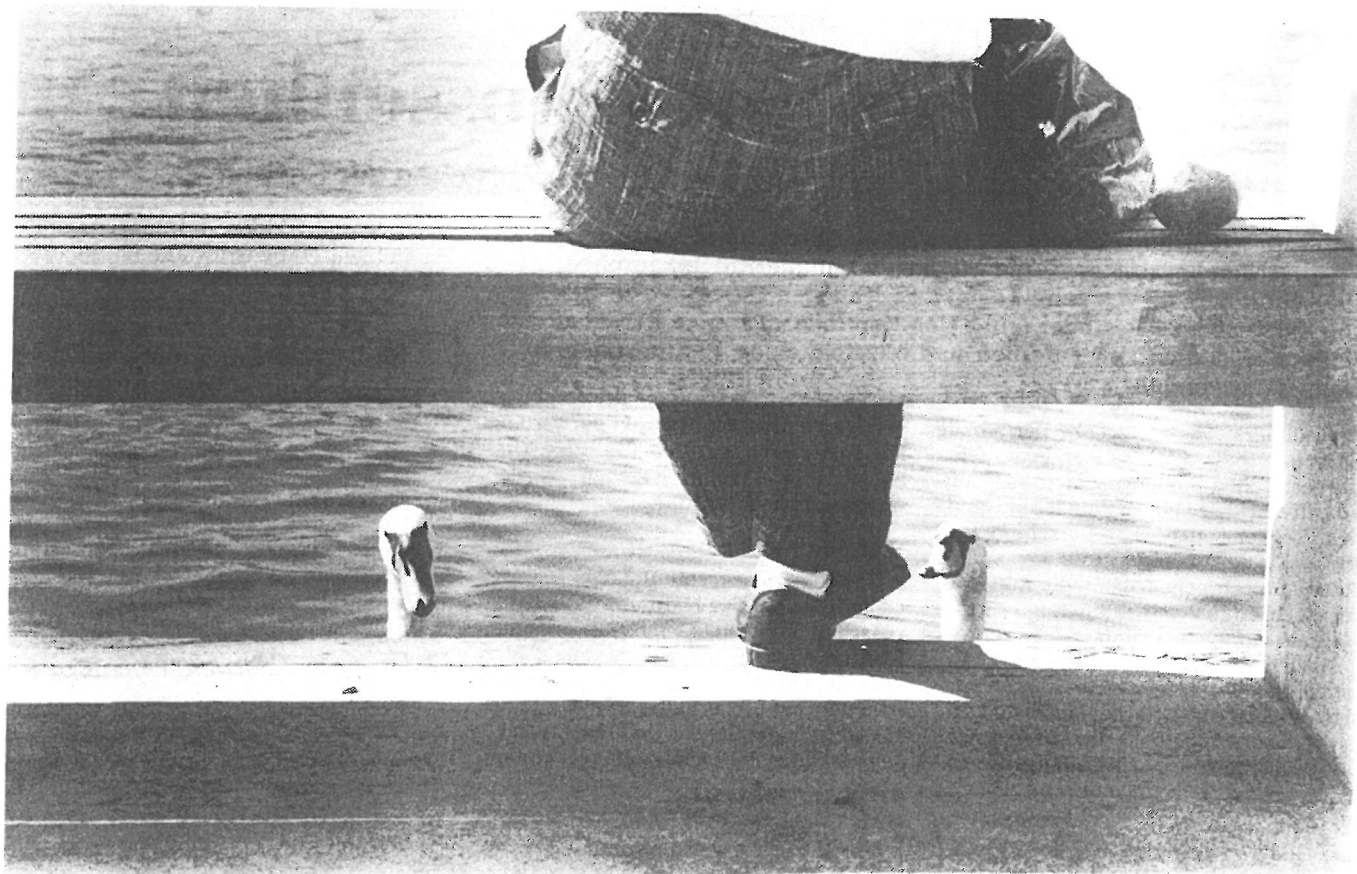


«Am meisten empört mich die Angstmacherei»

Innenministerin Ruth Dreifuss äussert sich zu den Forderungen nach einem Sozialabbau

Wirtschaftsvertreter und Bürgerliche rütteln an den Sozialwerken. Die sozialdemokratische Innenministerin Ruth Dreifuss sieht sich herausgefordert. Wie reagiert sie auf die Kritik an ihrer Sozialpoli-

tik? Was sagt sie zu den Absichten, den Teuerungsausgleich auf der AHV zu senken? Wie beurteilt sie die soziale Sicherheit, wo sieht sie Lücken im sozialen Netz, und was will sie dagegen unternehmen?



Angriff auf die Sozialwerke: Den Versicherten schwant Böses, doch Bundesrätin Ruth Dreifuss beruhigt. (Bild Reto Oeschger)

■ MIT RUTH DREIFUSS
SPRACH VERENA THALMANN

Mächtige, der Wirtschaft nahestehende Kreise rufen nach einem Moratorium beim Ausbau der sozialen Sicherheit, teilweise gar nach einem Sozialabbau. Jüngst hörte man gar, dass auch der Finanzminister Abstriche im Sozialbereich plant. Angst macht sich breit. Sind unsere Renten nicht mehr sicher?

Was mich in der gegenwärtigen Auseinandersetzung am meisten empört, ist nicht der Ruf nach Zurückhaltung, sondern die damit verknüpfte Angstmacherei. Daher möchte ich klar sagen: Die Sozialversicherungen sind stabil, mit Ausnahme der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung, die mehr Mittel benötigen.

In Wirtschaftskreisen scheint umgekehrt die Angst umzugehen, die Sozialversicherungen seien ein Fass ohne Boden. Man wirft Ihnen quasi vor, Sie planten rückwärtslos immer neue Belastungen für die Unternehmen.

Die Finanzen sind mir natürlich nicht gleichgültig. Aber der Staat darf eine seiner wichtigsten Aufgaben – und das ist die soziale Sicherheit – nicht vernachlässigen. Ich bin durchaus bereit, mit der Industrie darüber zu sprechen, welche Belastungen tragbar sind. Aber ich weigere mich, auf Polemik einzugehen. Es ist nicht seriös, wenn einfach wild alles zusammengerechnet wird, was irgendwann einmal in der politischen Diskussion aufgebracht wurde, um dann zu behaupten, ohne Marschhalt kosteten die Sozialversicherungen bald 15 Lohnprozente mehr.

Was steht denn an zusätzlichen Ausgaben an?

Auf dem Tisch liegt eine 10. AHV-Revision, die nicht unbedingt kostenneutral sein soll, aber sicher nicht viel kosten wird. Bei der Krankenversicherung haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereits eine Mehrwertsteuer bewilligt, welche die Zusatzkosten des Bundes deckt; nur die Mittel der Kantone sind noch nicht bewilligt. Für die Arbeitslosenversicherung brauchen wir dringend drei statt zwei Lohnprozente. Vom Höchstsatz sollten wir dann aber so rasch wie möglich wieder herunterkommen. Das ist nur möglich, wenn die Schulden aus dem jetzigen Wirtschaftseinbruch nicht während Jahrzehnten abgezahlt werden müssen. Deswegen finde ich, auch wenn ich jetzt in der Regierung sitze, der Staat sollte das aufgelaufene Defizit der Versicherung tragen.

Haben Sie im Bundesrat Unterstützung für diesen Abschreiber?

Leider noch nicht, es ist auch nicht mein Departement. Aber auch in anderen Bereichen gibt es Defizite, bei denen man einmal sagen muss, Schwamm darüber. Beispielsweise gibt es bei den SBB Investitionen, die sich durch den Betrieb nicht amortisieren lassen.



«Bund sollte das Defizit der Arbeitslosenversicherung tragen»

Und wie sieht es bei den anderen Versicherungszweigen aus?

Die Mehrkosten bei der Invalidenversicherung werden wir mit den Überschüssen bei der Erwerbsersatzordnung (EO) finanzieren können. Möglicherweise liegt zusätzlich noch etwas drin für die Mutterschaftsversicherung, die wahrscheinlich 0,4 Lohnprozente kosten wird.

Was sagen Sie zum Argument, die Arbeit dürfe über Sozialabgaben nicht weiter verteuert werden, um den Stellensuchenden nicht zu schaden?

Die Lohnprozente sollten tendenziell nicht mehr steigen. Aber Versicherungen, bei denen Beiträge klare Ansprüche auslösen, geben mir grundsätzlich mehr Vertrauen als steuerfinanzierte Werke. Ich habe den Eindruck, die Politik kann unberechenbar sein: Bei der AHV sind Abstriche gemacht worden, bei der Krankenversicherung wurden Milliarden von Bundesgeldern eingespart.

Doch früher oder später benötigen wir eine Grundsatzdiskussion über das Steuersystem in der Schweiz. Wir werden sicher nicht um eine Besteuerung der Energie herumkommen.

Von Arbeitgeberseite wird argumentiert, man hätte die langfristige Sanierung der AHV nicht auf die 11. Revision verschieben dürfen.

Für die nächsten 15 bis 20 Jahre bietet die AHV keine Probleme. Um sie langfristig absichern zu können, müssen wir mehr wissen über die Entwicklungen nach der Jahrhundertwende. Wir haben noch genügend Zeit.

Jetzt verstärkt sich aber der Druck auf den Teuerungsausgleich bei der AHV, selbst von Ihrem Parteikollegen Otto Stich. Was antworten Sie dem Finanzminister, wenn er hier Abstriche fordert?

Ich werde ihm sagen, dass die AHV-Renten im Verhältnis zum Einkommen nicht weiter sinken dürfen. Wegen des Mischindex sind die Renten der Lohnentwicklung über die letzten zehn Jahre nur teilweise gefolgt, das heisst, wenn jemand jetzt neu Rente bezieht, erhält er in Prozenten seines Einkommens weniger als

früher. Würde man auch auf den Mischindex verzichten und nur die Preissteigerung berücksichtigen, dann ginge der Abbau noch rascher vor sich.

Weiter werde ich Herrn Stich daran erinnern, dass die AHV immer noch hauptsächlich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt wird, die öffentliche Hand steuert lediglich 20 Prozent bei. Ich finde, dass man aus Sparüberlegungen für dieses Fünftel nicht den Anpassungsmechanismus ändern darf.

Bei der öffentlichen Kritik zeigt sich eine klare Stossrichtung: Gefordert wird ein gezielter Einsatz der Mittel. Sozialleistungen nur noch für die Leute, die es brauchen.

Wir haben ja die Ergänzungsleistungen, die bedarfsorientiert sind. Aber für die Sozialversicherungen geht das nicht. Man kann doch nicht alle Leute zur Kasse bitten und ihnen gleichzeitig sagen, ihr bekommt nur etwas, wenn ihr bedürftig seid. Ich betrachte die AHV als ein geniales System, weil es administrativ sehr einfach ist und alle einschliesst. Jeder zahlt nach seinen Möglichkeiten und bekommt in diesem Sinne auch nach seinen Bedürfnissen. Wobei man von der Annahme ausgeht, ein Mensch könne nicht mehr als doppelt so viele Bedürfnisse haben als ein anderer.

Doch jetzt hört man hie und da die Forderung, die Reichen sollten keine AHV mehr bekommen.

Im Verhältnis zu dem, was sie zahlen, bekommen die wirklich Reichen so wenig, dass man ihnen die Renten zur Vereinfachung des Systems durchaus belassen kann. Und jeder weiss, dass sie wahrscheinlich auch nicht so freudig mitzahlen würden, wenn sie gar nichts erhielten.

Was bedeutet für Sie soziale Sicherheit in diesem Land? Worauf sollen sich die Leute verlassen können?

Ich träume davon, dass wir wieder zu einer Gesellschaft werden, in der jeder Mensch, der arbeiten will, auch Arbeit finden kann, das heisst, dass jeder durch eigene Anstrengung sein Leben verdienen kann. Leider ist die Wirtschaft jetzt weltweit nicht in der Lage, diese soziale Sicherheit zu geben. Soziale Sicherheit bedeutet für mich auch, dass alle eine gute Ausbildung machen können, unabhängig von Geschlecht und Herkunft.

Das zweite ist natürlich, dass jeder, der das nicht kann, sei es wegen Invalidität, Krankheit, Unfall oder Alter, ein Ersatz-einkommen erhält, das gross genug ist, um eine Integration in die Gesellschaft zu ermöglichen. Der einzelne sollte die Gewissheit haben, dass er sich durch die Arbeit auch sein Leben in Zeiten sichert, in denen er nicht arbeiten kann – im Sinne eines Gesellschaftsvertrages, wie ihn Jean-Jacques Rousseau vertreten hat.

Machen Sie einen Unterschied zwischen Gesellschafts- und Generationenvertrag?

Ja. Den Begriff Generationenvertrag finde ich ein wenig gefährlich, denn in der politischen Diskussion steht er für etwas, das die Jungen für die Alten zahlen. Und oft geht damit die Warnung einher: Ach-

tung, wir strapazieren den Generationenvertrag. Dies macht den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern oft weh; deswegen hasse ich im Grunde dieses Wort. Es lässt vergessen, dass der Mensch in einem Zyklus lebt, dass die Alten auch einmal



«Immer mehr Menschen fallen durch das soziale Netz»

jung waren und für die damaligen Alten bezahlt haben. Ich bin vielmehr der Meinung, dass jeder, der kann, zahlt und jeder, der braucht, bekommt. Im Begriff Gesellschaftsvertrag ist jeder gleichzeitig Schuldner und Gläubiger.

Mit dem Hinweis auf den strapazierten Generationenvertrag wird beispielsweise angeregt, die Rentnerbevölkerung aus der normalen Krankenversicherung auszuschliessen. Wer das empfiehlt, sieht aber das Krankheitsproblem nicht als gesamtgesellschaftliches Problem. Der Mensch kostet die Krankenversicherung nämlich sehr viel in der eher kurzen Zeit, bevor er stirbt, ob jung oder alt. Wenn nun gesagt wird, die alten Leute kosten uns viel, weil in ihren Reihen viele sterben, entspringt dies einem falschen Verständnis des Krankheitsproblems.

Trotz eines ständigen Ausbaus des sozialen Netzes stellen wir fest, dass die Armut im Land eher zu- als abnimmt. Was werden Sie dagegen tun?

Es ist wahr, dass die Armut wächst. Daher ist ein Moratorium in der Sozialpolitik für mich keine Lösung. Die Armut wächst vor allem deshalb spürbar, weil die Arbeitsmöglichkeiten abnehmen und weil Netze der gegenseitigen Verantwortung reissen. Betroffen sind beispielsweise geschiedene Frauen, welche die Alimente nicht bekommen, oder ältere Frauen, die vielleicht früher grosse Opfer gebracht haben, um ihre Eltern zu betreuen. Ein Anfang wird nun bei der AHV mit dem Erziehungs- und Betreuungsbonus gemacht. Tatsache ist leider auch, dass immer mehr Menschen durch das soziale Netz fallen. Ich sehe die Lösung nur darin, dass man diese Löcher bedarfsorientiert schliesst. So denkt man daran, die Ergänzungsleistungen, die heute nur Rentnern zustehen, auf andere Bevölkerungsgruppen auszuweiten, auf alleinstehende Mütter, Leute in Ausbildung, Arbeitslose. Die Idee ist aber noch nicht ausgereift.

Sollte man nicht für die älteren Langzeitarbeitslosen mehr machen? Für die Betroffenen ist es sehr schwer, fürsorgeabhängig zu werden, und die Gemeinden stöhnen unter der Last. Könnte man nicht wie in andern Staaten eine Frühpen-sionierung einführen?

Kurzfristig sehe ich am ehesten, dass die Arbeitslosenversicherung ältere Arbeitslose möglichst menschlich behandelt und sie nicht zwingt, chancenlos auf Arbeitssuche zu gehen. Ich bin sicher, dass ältere Leute bereit wären, dafür etwas tiefere Taggelder in Kauf zu nehmen, die mehr in die Nähe der Renten kommen. Längerfristig wird sich die Frage stellen: Wann sollen die Menschen in Pension gehen? Wie bringt man es fertig, dass sie gehen können, bevor sie ausgelaugt sind, dass sie freier wählen können und dass man sie früher pensionieren kann, wenn es wieder einen Einbruch geben sollte?

Sie schlagen eine Ruhestandsrente vor, die den Versicherten das Rücktrittsalter zwischen 62 und 67 Jahren freistellt. Wer die Erwerbstätigkeit aufgibt, erhält die gleiche Rente. Würden dann nicht die meisten mit 62 gehen?

In den Nachbarländern scheint die frühe Pensionierung tatsächlich sehr begehrt zu sein. Vielleicht müssen wir bei uns einen Anreiz schaffen, um einen späteren Rücktritt attraktiver zu machen. Wenn das Modell eine Verteilung zwischen 62 und 67 bringt und die Betriebe die Leute nicht zum vorzeitigen Rücktritt drängen – auch Kader, die oft länger bleiben wollen –, dann ist es die beste Lösung.

Nun warten wir schon sehr lange auf den Dreisäulenbericht des Bundesrates, der den künftigen Kurs der Altersvorsorge anzeigen sollte. Warum liegt er noch immer nicht vor?

Ich habe dem Wunsch nach einer klaren Auseinandersetzung mit der Einheitsrente Priorität gegeben. Jetzt sind wir in der Schlussredaktion. Der Bundesrat wird den Bericht wahrscheinlich im Frühjahr in einer Klausursitzung besprechen. Ich möchte damit im Hinblick auf die 11. AHV-Revision eine breite Diskussion auslösen über Fragen wie: Was brauchen ältere Menschen, was müssen die Grundversicherung und die berufliche Vorsorge leisten, wo sind die Lücken?

Treffen die Informationen zu, dass der Bericht keinen klaren Kurs setzt, sondern mehr die Probleme auflistet?

Der Bericht wird das heutige System mit den beiden soliden Säulen für die Lohnabhängigen bestätigen, wenn auch vielleicht nicht in der genau gleichen Gewichtung. Die meisten Fragen sind nicht mit der Altersvorsorge verknüpft, sondern betreffen die Lücken zwischen den verschiedenen Versicherungen. Das ist für mich das Hauptproblem – dort sind für mich die Armutsfallen.



«Wir werden sicher nicht um eine Besteuerung der Energie herumkommen»

Die demographische Alterung der Gesellschaft wird dazu führen, dass die AHV die künftigen Generationen teurer zu stehen kommt. Gleichzeitig scheint das Wirtschaftswachstum nicht mehr so gesichert wie auch schon. Wie beurteilen Sie die Zukunftsaussichten?

Für mich ist die Unbekannte die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Wenn ich die Vergangenheit anschau, habe ich x Argumente, um zu sagen, die Arbeit geht nicht aus. Wenn ich dann aber sehe, dass die heutigen Investitionen fast alle arbeitsplatzzerstörend sind, hege ich wieder Zweifel, und ich verfolge die Diskussionen über kürzere Arbeitszeiten mit grossem Interesse.

Nur durch einen tiefen Einbruch im Wirtschaftswachstum und in der Erwerbsquote könnten die Sozialversicherungen aus dem Gleichgewicht geworfen werden. Wenn immer weniger Leute von 25 bis 65 im Wirtschaftsleben bleiben – wenn, bedingt durch Ausbildung oder Arbeitslosigkeit, immer wieder längere Pausen eintreten sollten –, dann wäre das System nicht mehr stabil. Aber ich sehe eher die gegenteilige Tendenz, gerade bei den Frauen. Der Unterbruch oder Abbruch der Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie, der wirtschaftlich gesehen der gravierendste war, nimmt ab.

Fordern uns nicht auch ökologische Überlegungen zu einer Abkehr vom Wachstumsdenken auf?

Ich sehe nicht unbedingt einen Zielkonflikt zwischen Ökonomie und Ökologie. Das Ziel heisst jetzt nach der Konferenz von Rio «sustainable development»: Keinen Raubbau führen, sondern mit den Ressourcen so haushalten, dass sie sich möglichst erneuern können. Eine solche Entwicklung brauchen wir auch für unsere Sozialwerke.